



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. **MULARTSHÜTTE***

DIE GRÜNEN

informieren

Nr.8 März 86

Wir informieren über:

BUNDESFERNSTRASSENPLAN MÜLLKONZEPT FÜR ROETGEN SÜDERWEITERUNG VON ROTT VERKEHRSPPLAN DER CDU

Ist unser Müll ein Problem?

Diese Frage wird mancher stellen, wenn sich die GRÜNEN in Roetgen schon wieder an die Öffentlichkeit wenden und darüber schreiben. Ein Extrablatt zu diesem Thema erschien im August 85, und im letzten Informationsblatt vom Oktober 85 stand ein längerer Aufsatz dazu. Seitdem ist in Rat und Öffentlichkeit viel geredet und manches erörtert worden, sogar konkrete Maßnahmen sind im Ansatz erkennbar. Da bei uns GRÜNEN die Ökologie sehr weit oben steht und Müllentsorgung ein wichtiger Teil davon ist, bleiben wir beim Thema und informieren Sie darüber, was in den letzten Monaten geschah.

Jeder einzelne von uns produziert im Jahr einige hundert Kilogramm Müll. Bei uns in Roetgen geschah bisher nicht viel, um wenigstens einen Teil des Mülls der Wiederverwertung zuzuführen.- Einige positive Ansätze sind zwar gemacht, andererseits sind aber für jeden, der genauer hinsieht, Lücken und Mängel offenkundig.

Noch immer landen Altpapier und Pappe in beträchtlichen Mengen auf dem Sperrmüll, noch immer wird Glas in Müllsäcke gestopft, noch immer wird Sondermüll achtlos weggeworfen.

Wir sind uns bewußt, daß man solche Fehlhandlungen nicht vollständig unterbinden kann. Vor dem Hintergrund eines pfleglichen Umgangs mit Rohstoffen, den ständig wachsenden Problemen der Deponierung und der Bodenvergiftung durch unsachgemäße Müllentsorgung sind wir jedoch alle in die Verantwortung genommen, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Müll entsteht, und daß dieser auch wirklich ordnungsgemäß beseitigt wird.

Vor diesem Hintergrund stellten die GRÜNEN in der Ratssitzung vom 3.9.85 einen Antrag auf Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines für Roetgen zugeschnittenen Müllkonzeptes. Wir erhofften uns von dieser Gruppe eine möglichst sachliche Arbeit an Roetgens Müllproblemen ohne das sonst übliche Parteienhickhack.

Leider lehnten CDU und SPD diesen Antrag rundweg ab und machten ihn lächerlich. So waren wir GRÜNEN bei dieser wichtigen Problematik erst einmal ganz auf uns allein gestellt. Wir arbeiteten intensiv an der Entwicklung eines den Roetgener Verhältnissen angepaßten Konzeptes. Es gliederte sich in sofort mögliche und längerfristige Maßnahmen: Als Sofortmaßnahmen forderten wir:

Altpapier: Erweiterung der Sammlung auf einen vierteljährlichen Turnus, zusätzlich die Schaffung wenigstens einer stationären Sammelstelle (Container),

Konservendosen: Aufstellung von Containern,

Glas: Aufstellung von weiteren Containern,

Sondermüll: weitere Sammlungen, zusätzliche ständige Abgabestelle in Roetgen,

organische Abfälle: Kompostierung unter Aufsicht der Gemeinde

Als längerfristige Maßnahme forderten wir die Überprüfung verschiedener Müllbeseitigungskonzepte. Auf lange Sicht ist nämlich das System zentraler Großcontainer nicht die optimale Lösung, denn nur ca. 30% aller Wertstoffe werden erfahrungsgemäß auf diesem Wege der Wiederverwertung zugeführt.

Diesen Katalog von Maßnahmen brachten die GRÜNEN in die nächste Sitzung des Ausschusses für Fremdenverkehr und Forsten ein.

Leider zeigten sich bei der Abstimmung über unseren Antrag die Vertreter von CDU und SPD wieder von einer "bürgerfreundlichen" Seite. Nach einem großen Lippenbekenntnis zum Umweltschutz war man nicht bereit, Taten folgen zu lassen: Unser Antrag wurde in fast allen Punkten abgelehnt.

Zum Denken angeregt

Trotzdem scheinen unsere Anträge wenigstens das Denken bei den Roetgener Ratsherren eingeleitet zu haben, denn man einigte sich immerhin darauf, einen Referenten einzuladen, der über das Müllproblem informieren sollte.

Herr Rambadt, der Leiter des Umweltamtes des Kreises Aachen, wurde eingeladen, und auch Roetgener Bürger sollten an diesem Abend, so hieß es, mit ihren Fragen zu Wort kommen dürfen. Bürgerfragen scheinen Herrn Schulz, den Vorsitzenden des Fremdenverkehrsausschusses jedoch zu ängstigen, denn am Vortragsabend lehnte er dies kategorisch mit Hinweis auf die Satzung ab.

Dabei wäre es doch so einfach gewesen, Zuhörer zu Wort kommen zu lassen. Herr Schulz hätte die Sitzung nur zu unterbrechen brauchen. Dann wären Bürgerfragen erlaubt gewesen, ohne Konflikt mit der Satzung.

Auf dem Verwaltungswege konnten trotz allem einige kleine Fortschritte erzielt werden: Im nächsten Jahr soll in Roetgen viermal Altpapier gesammelt werden; auch ein Container für Konservendosen soll kommen; gemeindlicher Abfall soll der Kompostierung zugeführt werden. Am 13.3.86 fand eine Sondermüllaktion statt.

Das sind hoffnungsweckende Ansätze, sollen wir es damit bewenden lassen? Wir glauben nein. Wir alle, Bürger und Verwaltung, sollten ein Müllkonzept für Roetgen anstreben, das folgende Grundsätze beachtet:

1. Müll so wenig wie möglich produzieren, also Einwegpackungen vermeiden, übertriebenen Verpackungsaufwand zurückweisen, um hier nur die Richtung anzudeuten.
2. Wiederverwertbare Stoffe bereits im Haushalt getrennt sammeln und getrennt entsorgen. Dabei soll dieses Sammelgut so sauber wie möglich sein, weil das die Verwertung erleichtert.
3. Die Abfuhr der verschiedenen Wertstoffe sollte so flexibel gehandhabt werden, daß örtliche caritative Organisationen ihren Anteil wahrnehmen können, so beispielsweise bei Papier oder Aluminium.
4. Die Gebühren sollten durch das neue Konzept nicht wesentlich steigen.

Gefahr aus Düren - vom »Millionending«

Alle Punkte dieses schönen Konzeptes können wir getrost in den Wind schreiben, wenn nicht eine Entwicklung gestoppt wird, die uns sozusagen hintenherum zu überholen droht. Es ist die geplante Müllsortieranlage des Kreises Düren. Dazu muß man wissen, daß die Eifelorte Roetgen, Monschau und Simmerath aufgrund vertraglicher Bindungen nicht an die Zentraldeponie des Kreises Aachen in Warden, sondern zur Dürener Deponie in Horn ihren Müll entsorgen. Was tut sich aber in Düren?

Am 17.12.85 wurde dem Dürener Kreisausschuß kurzfristig (Eingang 13.12., eine sorgfältige Prüfung war nicht möglich) das Abfallwirtschaftskonzept für den Kreis Düren vorgestellt, das einseitig auf die Erstellung einer zentralen Müllrückgewinnungsanlage ausgerichtet ist. Andere sinnvolle Verwertungskonzepte werden nicht diskutiert. Wegen der Beteiligung der Eifelgemeinden wurde dieses Entsorgungskonzept durch den Dürener Oberkreisdirektor bereits am 18.12. - wie schnell doch sonst so langsame Behörden arbeiten können! - dem Kreis Aachen übersandt, dessen Umweltamt das Papier am 14.1.86 den betroffenen Gemeinden mit der Bitte um Stellungnahme bis 1.3.86 zugeleitet hat.

Nun muß man wissen, daß das Konzept aus der Feder von Herrn Dr. Flender stammt, einem Vertreter der Dürener Deponiegesellschaft, der auf der bewußten Ausschusssitzung als einziger Fachmann für Fragen und Informationen zur Verfügung stand. Er vertritt die Interessen der Firma Trienekens, die die große Rohstoffrückgewinnungsanlage Neuss betreibt (Kostenpunkt ca. 30 Mio. DM, also eine großtechnische Anlage). Mit einer entsprechenden

Anlage soll der Kreis Düren "beglückt" werden. Die Kosten trägt natürlich der Benutzer: die Deponiebenutzung, die z.Zt. rund 10 DM pro Tonne kostet, wird dann 40 - 50 DM pro Tonne kosten. Auch mit Müll läßt sich Geld verdienen.

Es ist nun verfahrenstechnisch und vom Umweltschutz her gesehen der helle Wahnsinn, zur Bequemlichkeit des Bürgers (und des Abfuhrunternehmers) erst alles zusammenzuschütten und es dann mit hohem technischen und energiereichen Aufwand (daher kommen nämlich die Kosten) unter Qualitätsverlust mit geringer Ausbeute wieder zu trennen, um die hoch in Kurs gekommene "Abfallverwertung" auf seine Fahnen schreiben zu können.

Im Einzelnen: Das wieder heraussortierte Papier ist von so geringer Qualität, daß es als Altpapier unverkäuflich ist und von der Neusser Anlage z.B. in die Müllverbrennungsanlage Düsseldorf wandert. Der sogenannte "Kompost", den solche Sortieranlagen liefern, ist so mit Schadstoffen, Glasscherben und Blechpartikeln belastet, daß er diesen Namen nicht verdient und allenfalls zum Abdecken von Deponieen brauchbar ist. Dagegen läßt sich aus der im Haushalt direkt anfallenden Biomasse bei getrennter Sammlung ein erstklassiger Kompost in der Qualität von Blumenerde herstellen.

Keine Bürgerbeteiligung

Warum wohl die verdächtige Eile? Das Entsorgungskonzept wurde - zumindest in Roetgen - keinem Ausschuß vorgelegt; besprochen haben sich nur die Verwaltungsspitzen der drei Eifelorte mit dem hiesigen Abfuhrunternehmer. Wo blieben die Unterrichtung und Beteiligung des Bürgers?

Wir können nur hoffen, daß der Vortrag über das Dürener Müllkonzept, den wir zusammen mit der zuständigen Kreisgruppe des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) am 18.2.86 veranstaltet haben, und der immerhin vom zuständigen Abteilungsleiter der Gemeindeverwaltung besucht wurde, Wirkung auf die vom Kreis angeforderte Stellungnahme hatte. CDU und SPD glänzten auf der Veranstaltung durch Abwesenheit, obwohl jeder ihrer Ratsvertreter persönlich eine Einladung erhalten hatte. Ist Müll so uninteressant?

Ein Lichtblick ist, daß dem Vernehmen nach die Verwaltungen und einzelne Ratsvertreter der drei Eifelorte und sogar die Stadt Düren (SPD und GRÜNE zusammen haben dort die Mehrheit) sich gegen die Sortieranlage aussprechen. Es gibt nämlich eine Reihe anderer und besserer Lösungen für die Entsorgung - nicht nur im Kreis Düren - die wissenschaftlich untersucht und praktisch erprobt auch uns in Einzelheiten bekannt sind.

Wir GRÜNEN sind strikt gegen eine solche Sortieranlage, wie sie nach den Dürener Plänen auch für uns in Roetgen verbindlich werden soll. Die Gründe stellen wir hier noch einmal zusammen:

1. Der Qualitätsverlust der aussortierten Stoffe ist häufig so groß, daß eine Wiederverwertung ausgeschlossen ist (Altpapier nur noch Brennstoff, Kompost unbrauchbar).
2. Sortieranlagen sind teuer in der Anschaffung (30 Millionen) und im Betrieb: die Verarbeitung von einer Tonne Müll erfordert 200 Kilowattstunden, daher auch die zu erwartenden höheren Abfuhrgebühren für den Müll.

3. Sortieranlagen laufen dem vorrangigen Prinzip der Müllvermeidung genau entgegen, denn für ihren wirtschaftlichen Betrieb brauchen sie gerade viel und nicht immer weniger Müll.
4. Sortieranlagen blockieren auch die Weiterentwicklung von Verwertungsverfahren, weil die Anlagen sich in längeren Zeiträumen amortisieren müssen, ehe man sie zugunsten besserer Verfahren stilllegen kann.
5. Dabei sind die heute angebotenen Sortieranlagen noch nicht einmal ausgereift, wie Erfahrungen in den Anlagen in Neuss und Reutlingen zeigen.

Liebe Mitbürger, wenn sie bis hierher gelesen haben, werden Sie verstehen, warum wir es eingangs für so wichtig bezeichneten, sich mit dem Müll zu befassen, den wir tagtäglich produzieren. Helfen Sie durch ihr Engagement mit, daß die Weichen nicht in die ökologisch falsche Richtung gestellt werden!

K. Ständer, R. Schwarzenberger

Aluminium GRÜNE organisieren Sammlung

Bei unseren Bemühungen um neue und bessere Möglichkeiten, wiederverwertbare Stoffe im Hausmüll getrennt zu sammeln, werden wir immer wieder von Mitbürgern angesprochen, ob man nicht auch Aluminium sammeln könnte. Das ist einerseits sehr nützlich wegen des hohen Energieaufwandes bei der Herstellung von neuem Aluminium, andererseits ist es aber wegen der verhältnismäßig geringen Mengen, die im Haushalt anfallen, nur durch die Mitarbeit von Verbänden möglich. In vielen Städten der Bundesrepublik haben bereits kirchliche und andere gemeinnützige Verbände in ihren Räumen Behälter aufgestellt, in denen Besucher das zu Hause gesammelte Aluminium deponieren können. Die so gesammelten Mengen erbringen derzeit etwa 1.50 DM pro Kilo.

Die GRÜNEN in Roetgen bemühen sich um solche Sammelstellen. Zusagen liegen bisher vor vom

Alternativladen, Brandstraße 78, und von der Teestube im katholischen Pfarrheim, Hauptstraße.

In der Zeitschrift KOSMOS Nr. 9/85 fanden wir eine klare Aufstellung darüber, was und wie gesammelt werden kann. Wir drucken sie nebenstehend ab. Wenn Sie keinen Magneten haben, bei den Sammelstellen steht einer zur Verfügung.

Eine Bitte zum Schluss: Die Abfälle sollten einigermaßen sauber sein!

Und einen Dank für Ihren Beitrag zum Umweltschutz!

Helga Quick

Aluminium ist nicht magnetisch; in allen Zweifelsfällen empfiehlt es sich deshalb, mit einem Magneten zu testen, ob der Abfall nicht doch aus Eisenblech besteht. Außerdem sollte man (im letzten Spülwasser) das Sammelgut reinigen.

Das sollte man sammeln:

Joghurt- und Quarkdeckel;
Verpackungsfolie (sofern nicht beschichtet);
Einweggeschirr, -formen;
Teelichte (Wachsreste herausdrücken);
Deckel von Glaskonserven (Magnettest);
Tuben (gut ausgedrückt, ohne Plastikcappe);
Konservendosen (sofern nicht aus Eisen: Magnettest);
Getränkedosen (Magnettest);
Cremedosen (Magnettest);
Kleinportionspackungen für Würstchen, Käse, Marmelade, Kondensmilch usw.;
größere Alu-Abfälle (Töpfe, Vorhangstangen, Fahrradteile - immer Magnettest machen!).

Das sollte man nicht sammeln:

Stark verschmutzte Teile;
Verschlüsse von Pfandflaschen.

Das darf man auf keinen Fall sammeln:

Magnetische Teile;
beschichtete Folien (Test: Unbeschichtetes Alu reißt mit glattem Rand, beschichtetes meist fransig; Vakuumverpackungen sind in aller Regel beschichtet!).

Dollinger im Asphalttausch...

'Grüne' in der SPD erleben ein WATERLOO

Was geht die Bürger der Gemeinde Roetgen der Fernstraßenplan der Bundesregierung an?

Nicht nur die Bürger von Mulartshütte wissen, daß die B 258n - jetzt als "Ortsumgehung für Aachen-Brand-Kornelimünster B 258" ausgegeben - immer noch in der Planung ist, immer noch irgendwo im Vichtal in die L 238 münden soll und immer noch im Straßenverkehrsplan als vordringlich eingestuft wird. Die GRÜNEN und der Kreisverband des BUND wollten nicht nur zuschauen (scharf beobachten wollte die Entwicklung ja schon Herr Garke, CDU), wenn die Herren da in Bonn die Straßenplanung für die nächsten Jahre fortschreiben (oder festschreiben). Kurzfristig organisierten sie zusammen mit dem BUND eine Unterschriftensammlung in Mulartshütte zum erneuten Einspruch gegen dieses Projekt und nahmen dann am 9.12.85 an einem Treffen von über 100 Bürgerinitiativen gegen Bundesstraßenbauprojekte in Bonn teil. Eine riesige Deutschlandkarte vermittelte hier eindrucksvoll den Wahnwitz des Neubaus von 1600 Km Autobahn und 6000 Km Bundesfernstraßen. Der Antrag der Bürger von Mulartshütte mit einer ausführlichen Begründung wurden zusammen mit 208 anderen Änderungsanträgen in den Verkehrsausschuß des Bundestages zur Beratung im Januar eingebracht. Hierbei zeigte sich schon, wie unsere Volksverteter mit dem Bürgerwillen umgehen. Jedem Abgeordneten hätte eigentlich klar sein müssen, daß 209 Änderungsanträge inklusive detaillierter Begründungen nicht von zwei Bundestagsabgeordneten allein in knapp drei Monaten erstellt werden konnten, sondern, daß sich hier wirklich der Protest und das gesammelte Wissen von betroffenen Bürgern niederschlagen hatte.

Trotz aller Bemühungen war aber die Asphaltkolonne des Herrn Dollinger parlamentarisch nicht zu stoppen. In den Beratungen des Verkehrsausschusses, die natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, pöbelten die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP was das Zeug hielt. Die etablierten Parlamentarier wollten lieber nach Hause, als die Anträge der GRÜNEN zu

diskutieren. Das geistige Niveau ihrer seltenen "Diskussionsbeiträge" spiegeln Äußerungen wie: "Für die GRÜNEN ist es schon ein erhaltenswertes Biotop, wenn ein Grüner an die Mauer eines Freudenhauses pinkelt", mit der K.J. Hoffie (FDP) versuchte, das ökologische Ansinnen lächerlich zu machen. Dazu kamen noch handfeste Beschimpfungen und persönliche Beleidigungen wie Arschloch, Bekloppter und Spinner.

Sogar bei dem umstrittensten Projekt, der A 94 München - Simbach, wurde jedes Nachfragen bereits nach 10 Minuten Beratung per Geschäftsordnungsantrag abgewürgt und dieses 500.000.000 DM (in Worten fünfhundert Millionen) Projekt sanktioniert.

Bei den abschließenden Beratungen und der Beschlußfassung im "hohen Hause" wurde über alle Änderungsanträge einzeln namentlich abgestimmt und anschließend eine namentliche Schlußabstimmung durchgeführt. Nicht einmal bei der Einzelabstimmung sahen sich die Abgeordneten aus unserer Region (Berschkeit, SPD, Schmitz und Dr. Stercken, CDU, und Frau Adam-Schwaetzer, FDP), denen wenigstens die ausführliche Begründung des Änderungsantrages von Mulartshütte aus ihrer Kenntnis unserer Gegend hätte etwas sagen müssen, im Stille, für den Antrag der GRÜNEN zu stimmen. Bei der endgültigen Beschlußfassung stimmten CDU/CSU und FDP geschlossen dem unveränderten Gesamtplan zu, bei der SPD gaben 11 Abgeordnete eine Nein-Stimme ab und acht enthielten sich der Stimme. Herr Berschkeit hatte es genauso wie ca. 20% der Bundestagsabgeordneten nicht nötig an der Schlußabstimmung und damit an der Verplanung von Milliardenbeiträgen überhaupt teilzunehmen.

Betonorgie nicht zu stoppen

Wenn auch eine Reduzierung des "Fernstraßenbedarfes" an der Starr- und Betonköpfigkeit der CDU/CSU/FDP/SPD scheiterte, haben doch die zahlreichen Anträge erstmalig bei einer Bedarfsplanberatung den breiten Widerstand gegen unsinnigen



Straßenbau in der Bevölkerung deutlich gemacht. Die GRÜNEN im Bundestag sind sich sicher, daß viele Projekte - vor allem die Stufe "Planung" - bei anhaltendem Widerstand nicht realisiert werden können. Eine vernünftige und umweltfreundliche Verkehrspolitik muß sich auf Dauer durchsetzen. Die Abgeordneten der GRÜNEN in Bonn - Arbeitsgruppe Verkehr - bedanken

sich bei den Bürgerinitiativen und Bürgern, die dies alles erst ermöglichten, recht herzlich und wünschen viel Erfolg, Kraft und Ausdauer für die weitere Arbeit.

Jeder Bürger, den der Änderungsantrag zur B 258n und die ausführliche Begründung interessiert, kann ihn bei der hiesigen Ratsfraktion der GRÜNEN anfordern.

Thomas Schwarzenberger

MÖBEL GESUCHT

Im Herbst bezog der Roetgener Ortsverband der GRÜNEN ein neues Büro in der Schleebachstraße 22. Um mit der Arbeit beginnen zu können, lieh einer von uns seine Gartenmöbel, damit wir nicht nur im Stehkonvent tagen mussten. Diesen Tisch und die Stühle möchte er jetzt aber gerne wieder auf seine Terrasse stellen. Wer kann uns zu einer dauerhaften Möblierung verhelfen? Wir suchen

einen oder zwei Tische und etwa zehn Stühle.

Es braucht sich nicht um eine komplette Garnitur zu handeln, wir nehmen auch Einzelstücke.

Wer etwas für uns hat, wende sich bitte an Frauke Vesper, Schleebachstraße 22, Telefon 4989.

Süderweiterung von Rott ?

Die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes

Vor einem Jahr, in Nr. 5 unseres Informationsblattes, haben wir uns bereits einmal mit diesem Thema befaßt und seine lange Vorgeschichte beschrieben. Hier noch einmal die Stichworte dazu: Das jetzt umstrittene Gebiet in Rott zwischen Schnickevenn und Waldrand sollte um 1970 Bauland werden, eine Autostraßenplanung verteilte das zunächst. Die Straßenplanung wurde jedoch aufgegeben, gegen die danach erneut beabsichtigte Bebauung waren aber aufgrund neuen Denkens über den Landschaftsschutz alle übergeordneten Behörden. Kurz gesagt, die Hoffnungen der Grundstückseigentümer auf Bauland wurden erst dem Straßenplan, dann einem inzwischen gewachsenen Umweltbewußtsein geopfert. Daß sie sich noch immer dagegen wehren, ist noch zu verstehen. Daß sich aber im Rat vertretene Parteien und damit die Verwaltung dafür einspannen lassen, steht angesichts des Allgemeinwohls, dem sich diese Institutionen verpflichtete fühlen sollten, auf einem anderen Blatt.

Anfang dieses Jahres stand das Thema wieder auf der Tagesordnung der zuständigen Ausschüsse und des Gemeinderates. Als neugieriger Bürger habe ich mir angehört, was in den Sitzungen dazu vorgebracht wurde. Ich habe etwas dabei gelernt über die unvermeidlich verschlungenen Wege unserer Behörden, mich geärgert über die schlampige Aufbereitung der Fakten durch die Verwaltung, gestaunt über manche vorgebrachten Argumente und auch mal laut gelacht, obwohl Nicht-Ratsmitglieder eigentlich gehalten sind, ehrfürchtig zu schweigen.

Papierflut

Wenn die Papiermenge ein Maß für die Bedeutung einer Verhandlungsvorlage wäre, so stünde dieser Tagesordnungspunkt wohl konkurrenzlos an der Spitze der Wichtigkeit. Die Ratsvertreter hatten sich in rund 120 Seiten DIN A4 zurechtzufinden, in einem schwer überschaubaren Haufen von Eingaben und Stellungnahmen. Da über alle Einwände gegen die geplante Änderung einzeln abgestimmt werden mußte, sah man viele hilflos blättern auf der Suche nach dem, was gerade dran war.

Denn erst nach kräftigen Protesten aus allen Parteien bequeme sich die Verwaltung, für die abschließende Beratung eine tabellarische Übersicht beizufügen. Neben 10 Eingaben beteiligter Bürger stehen 36 Stellungnahmen von Behörden und Organisationen, ein eindrucksvolles Beispiel von demokratischer Mitsprache!

Pro und contra

Doch nun zu den Argumenten pro und contra, die mich vor allem interessierten. Klar, daß die am Bauland Interessierten dafür sind. Dazu zählt auch die katholische Kirchengemeinde in Rott, die aber auch noch ein eigenartiges Argument gegen die Leute vorbringt, die etwas gegen die Bebauung haben: Durch Neubauten im unmittelbar angrenzenden Gebiet wäre ja schon Landschaftsschutzgebiet verlorengegangen, ohne daß es Einsprüche gegeben hätte! Ins gleiche Horn bläst die SPD-Fraktion im Rat. Sie argumentiert nach dem Schema: Wenn Gebiet A Bauland wurde, muß auch Gebiet B welches werden. Und weiter: Warum waren die heutigen Bewohner des Gebietes A, als es Bauland wurde, nicht dagegen? So einfach ist das. Nach diesem Prinzip könnte man abschnittsweise den ganzen Wald abholzen und zum Bauland erklären!

Kommen wir noch einmal zu den Eingaben der Behörden zurück. Natürlich gibt es da viele, die nichts dagegen haben, wie etwa die Deutsche Bundesbahn, das Bergamt, der Wehrbereich - sogar der Bischof in Aachen hat nichts dagegen. Kein Wunder, die Interessen all dieser Stellen sind absolut nicht berührt. Sehr strikt dagegen sind aber andere Behörden mit auch etwas mehr Gewicht, so der Regierungspräsident, die Obere und die Untere Landschaftsschutzbehörde, der Naturpark Nordeifel und das staatliche Forstamt in Monschau, um nur einige zu nennen. Deren Argumente reichen vom Landschaftsschutz, der Erhaltung von natürlichen Lebensräumen für Tier und Pflanze und der Landesplanung bis zum Wasserhaushalt. Es wird auch entgegengehalten, daß es in Rott im bisher ausgewiesenen Baugebiet noch eine für längere Zeit ausreichende Zahl von Grundstücken gäbe.

Amtshochmut

Zu alledem mußte ja im Rat und in den Ausschüssen etwas gesagt werden. Die Verwaltung machte es sich nicht schwer: Stereotyp wurden alle Einwände als "Nicht begründet" zurückgewiesen. Das ging sogar der CDU zu weit. Ratsherr Garke empfahl dringend, diese Ablehnungen der Einwände etwas weniger primitiv und mehr sachbezogen zu formulieren. Die Verwaltung leistete sich aber auch gegenüber einem privaten Gegner der Ausweisung als Bauland das schlagende Argument: "...An der Ausweisung bestehen zwar auch private Interessen, doch dürften solche Interessen auch für die Gegner ... maßgebend sein." So stellt man private Interessen Weniger den Belangen der Allgemeinheit gegenüber! In der Verwaltungsvorlage zum Bauausschuß überschnitt der Hochmut unseres Amtes die Grenzen des Anstandes (wörtlich): "Zu den sich verschiedentlich wiederholenden Hinweisen auf die Belange des Landschafts- und Naturschutzes kann generell festgestellt werden, daß manche Bürger ihr Interesse hieran erst entdeckt haben, nachdem ihre eigenen Bauvorhaben fertiggestellt worden sind." Es bedurfte eines energischen Protestes, um Herrn Störh in der Sitzung zu einer kleinlauten Entschuldigung zu veranlassen. Es war kein Versprecher im Eifer einer Diskussion, es offenbart die systematische Mißachtung von Meinungen derer, die nicht die Auffassungen von Verwaltung und Ratsmehrheit teilen.

Ortsvereinigung

Und welche weiteren Argumente haben die Befürworter noch zur Hand? Wenn mit treuem Augenaufschlag das Wort hervorgeholt wird, das man seinerzeit den Baulandaspiranten gegeben habe, so ignoriert man 15 Jahre Entwicklung im Umweltdenken, die uns bereits manche andere liebe Gewohnheit gekostet hat und auch in Zukunft kosten wird. Gesunde Umwelt gibt es nicht zum Nulltarif! Bei allem Ernst des Themas gab es auch Heiteres. Eine Ratsdame der CDU meinte im Hinblick auf die "Süderweiterung" von Rott, die Ortsteile Rott und Roetgen sollten doch aufeinander zuwachsen! Dann mal ran an den Wald, ein Jammer, daß da noch eine lächerliche Talssperre im Wege liegt!

Natürlich holten auch die Baulandgegner heran, was sie an Argumenten

weit und breit finden konnten. Äsendes Wild mußte genauso erhalten wie das kleine Sumpfbiotop, das als "Feuchtbiotop" die Verwaltung wohl so nervte, daß sie davor kapitulierte: Es soll im späteren Bebauungsplan erhalten bleiben.

CDU in Moll

Zur Ehre der CDU-Fraktion muß man aber auch sagen, daß von deren Seite zunehmend moderate Töne angeschlagen wurden. Abgesehen davon, daß zwei Ratsmitglieder der CDU durch ihr Abstimmverhalten zeigten, daß sie gegen die Änderung sind, klang es auch vom Sprecher der Fraktion eher in Moll, wenn er die Chancen des Verfahrens im Endeffekt bewertete. Er bemühte sich redlich um Argumente, die beim Regierungspräsidenten nicht, wie die der Verwaltung, sofort vom Tisch gewischt würden. Eine Wachstumsstatistik sollte aus den vergangenen 13 Jahren den Bedarf an Baustellen für die nächsten 15 Jahre herleiten. Spekulativ nannte er aber selber das Zahlenpiel. Auch betonte man, ein Flächennutzungsplan sei noch kein Bebauungsplan. Diesen sollte man in jedem Fall noch zurückstellen bis anderswo Baulücken geschlossen wären. Doch dann staunt man wieder. Der ganze Aufwand erbringt runde 20 Baustellen nach den Überlegungen der CDU. Ob man die nicht noch innerhalb der heutigen Grenzen des Wohngebietes finden kann ohne die Zersiedelung am Ortsrand voranzutreiben? - Von der SPD kam fast nichts Neues zum Thema. Umso unbeirrter stimmten die Genossen für den Plan! Was soll's, fragt sich der Bürger. Einen nicht unbeträchtlichen Arbeitsaufwand lastete das Thema der Verwaltung bisher auf, zu den zukünftigen Belastungen könnten noch die eventuell anschließenden Gerichtskosten kommen, wenn der jetzt erarbeitete Änderungsantrag von den übergeordneten Behörden abgewiesen wird. Andere Aufgaben der Verwaltung werden darunter leiden wie der Verkehrsplan oder Maßnahmen zur zeitgemäßen Müllentsorgung. Ist alles das ein angemessener Aufwand, um einige Grundstückseigentümer zufrieden zu stellen? Und noch nicht einmal mit einem letztendlichen Erfolg, der höchst unwahrscheinlich ist, sondern nur mit dem Aushängeschild "Seht, wir haben getan, was wir konnten, sind wir es nicht wert, wieder gewählt zu werden?"

S. Scholz

DIESER PLAN GEHT ALLE AN

Um die Jahreswende fanden alle in Roetgen, Rott und Mulartshütte ein Info der CDU im Briefkasten, den "Verkehrsplan Roetgen". Hier hatte die CDU sozusagen die Schularbeiten der Verwaltung gemacht, denn am 11.6.85 war diese vom Rat beauftragt worden, einen Generalverkehrsplan für Roetgen auszuarbeiten. Damit schaffte man sich damals Einzeldiskussionen über unangenehme Fakten vom Halse, so z.B. über den Ausbau der Wilhelmstraße zu einer überörtlichen Durchgangsstraße. Und was geschieht jetzt?

Die CDU hat nun zum neuen Jahr, ohne auf die Vorschläge der Verwaltung zu warten, mit ihrem Papier "Verkehrsplan Roetgen" die Diskussion eröffnet. Soweit man hier überhaupt von Diskussion reden kann, denn diese wurde in der Bauausschußsitzung durch die CDU erst gar nicht zugelassen. Ohne inhaltlich auf Vorschläge eingegangen zu sein, wurde über das Konzept abgestimmt. Wo bleiben da die von der CDU so oft zitierten demokratischen Spielregeln? Sicher bringt der Vorschlag der CDU einige gute Ansätze, doch heißt dies noch lange nicht, daß man nicht darüber diskutieren sollte. Der Alleinvertretungsanspruch der CDU, hier über Ausbauziele und Klassifikationen von Straßen zu bestimmen, kann nicht zugelassen werden.

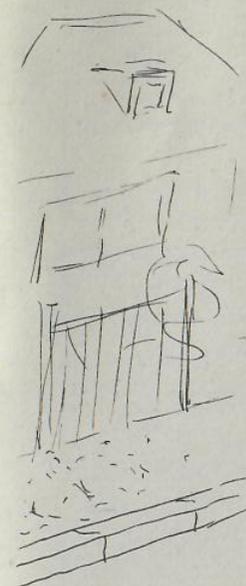


Festzustellen ist:

- 1) Die vorhandenen Straßen reichen aus, um den gegenwärtigen wie den zukünftig zu erwartenden Verkehr innerhalb des Ortes aufzunehmen. Ein Problem bleibt dabei die B 258!
- 2) Vielfach werden durch rücksichtsloses, schnelles Fahren Verkehrsteilnehmer, insbesondere spielende Kinder und ältere Leute, gefährdet.

Und hier muß unseres Erachtens ein Verkehrsplan für die Gemeinde Roetgen ansetzen, denn auch auf A- und B-Straßen hat die Sicherheit der Fußgänger Vorrang vor der Freiheit der Kraftfahrer, aufs Gaspedal zu treten. Mit zu den vorrangigsten Zielen eines Verkehrsplanes gehören daher,

- daß die Sicherheit spielender Kinder erhöht wird,
- daß die Sicherheit für alle Fußgänger erhöht wird,
- daß innerhalb des Ortes mit angemessener Geschwindigkeit gefahren wird (das kann auch weniger als 50 km/h sein),
- daß die Interessen der Anwohner einer Straße besonders berücksichtigt werden.



Die oben angeführten Ziele können nur erreicht werden, wenn alle Betroffenen sich an der Verwirklichung beteiligen, also

- sich informieren,
- besonders kritische Punkte unserer Straßen nennen,
- Maßnahmen vorschlagen' und
- kritisch Stellung nehmen.

Die Grünen haben in den bisher geführten Beratungen den Antrag gestellt, daß die Gemeinde eine offizielle Bürgerbeteiligung, getrennt nach Ortsbereichen, zu organisieren habe, um die Folgen des vorgelegten Verkehrsplans der CDU zu diskutieren. Dieser Antrag wurde abgelehnt, 4 Ausschußmitglieder stimmten dafür, 5 dagegen.

Nur eine breite Akzeptanz verkehrsberuhigender Maßnahmen in unserer Bevölkerung kann aber zu einer wirklichen Verbesserung der Situation führen. Und hierzu ist eine Diskussion unter Beteiligung möglichst vieler notwendig. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß die Verwaltung Diskussionsmöglichkeiten im Rahmen von öffentlichen Bürgerversammlungen schafft und bitten alle, die sich betroffen fühlen, diese Versammlungen auch zu nutzen, um Einfluß nehmen zu können.

Denn:

DIESER PLAN GEHT ALLE AN

Klaus-Peter Kegel



Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband "Die Grünen" Roetgen, Schleebachstr. 22.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Siegfried Scholz.

Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

Bankverbindung: R. Schwarzenberger - OV "Die Grünen", Konto 93 513 bei der Raiffeisenbank Roetgen, BLZ 3706 9642.

Zu dieser Ausgabe

Liebe Mitbürger,

Es hat schon einen Grund, warum sich der Redakteur dieses Blattes mit seinen Zeilen auf die letzte Seite zurückzieht. Er hat ein schlechtes Gewissen. Erinnern Sie sich noch? In Überschriften hatte ich einen Roetgener Plurnamen arg verunstaltet: Beim Grölisbach wurde aus dem l ein d, und das gleich zweimal! Entschuldigen kann man diese Nachlässigkeit nicht. Spur einer Erklärung: In meiner schlesischen Heimat gab es eine Gröditzburg. Die hat wohl bei dem Fehler Pate gestanden. Vielleicht vermissen Sie auch die den Text auflockernden Zeichnungen aus der Feder unseres Roetgener Künstlers. Mir tut es selber leid, daß die Seiten da-

durch so nüchtern-amtlich wirken. Aber der Umfang der Beiträge sprengte diesmal fast den Rahmen der 12 Seiten. Wir geloben, das beim nächsten Blatt wieder besser einzuteilen.

Für unsere Leser in Mulartshütte legen wir dort noch ein "Hundschreiben" ein, das über Details der Beratungen zu dem Teil des Bundesfernstrassenplanes - B 258 n - informiert, der die Einwohner dieses Ortsteils besonders angeht. Jetzt würde ich Ihnen im Namen unseres Ortsverbandes gerne Schöne Ostertage wünschen, doch fürchte ich, Sie erhalten das Blatt erst nach den Feiertagen. Aber uns allen einen bald einziehenden Frühling zu wünschen hat noch Sinn.
Sch.

TERMINE TERMINE TERMINE

Jeweils am Montag vor den nachstehend genannten Rats- und Ausschuss-Sitzungen finden Vorbesprechungen der GRÜNEN statt im Zimmer 14 des Rathauses. Derzeitige Ausnahme: Bauausschuss-Vorbesprechung jeweils Sonntag 17 Uhr im Grünen Büro Schleebachstraße 22. Alle Vorbesprechungen sind für jeden Bürger offen. Beginn 19 Uhr.

Sitzungen:

Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss	Dienstag, 8. 4. 18 Uhr
Gemeinderat	Dienstag, 22. 4. 18 Uhr
Bauausschuss (Beratungspunkt Verkehrsplan der CDU)	Dienstag, 29. 4. 18 Uhr
Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss	Dienstag, 13. 5. 18 Uhr
Gemeinderat	Dienstag, 27. 5. 18 Uhr
Ausschuss für Bildung, Jugend, Soziales und Sport	Dienstag, 3. 6. 18 Uhr
Fremdenverkehrs- und Forstausschuss	Dienstag, 10. 6. 18 Uhr
Bauausschuss	Dienstag, 24. 6. 18 Uhr
Haupt- Finanz und Beschwerdeausschuss	Dienstag, 1. 7. 18 Uhr
Gemeinderat	Dienstag, 15. 7. 18 Uhr

Die nächste Mitgliederversammlung des Ortsverbandes der GRÜNEN liegt noch nicht fest. Sie wird rechtzeitig im Schaukasten der GRÜNEN angekündigt.